

Zu den Besonderheiten des Wolfsmonitorings in den deutschen Bundesländern

Mit der Aufnahme des Wolfes in das Bundesjagdgesetz stellen sich für die Bundesländer einige grundsätzlich neue Aufgaben, um von einer reinen Wolfsverwaltung zu einem echten Management der Art zu kommen. Wie unterschiedlich weit dieser Weg sein kann, lässt sich nicht zuletzt daraus schließen, wie dort bisher das Monitoring betrieben wird und wie weit man bereit ist, die Bevölkerung über die Ergebnisse zu informieren.

Hier ein Vergleich mit dem Stand vom 31.07. 2026:

BADEN – WÜRTTEMBERG

- Mit der Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht wurde die regelmäßige Veröffentlichung von Wolfsnachweisen eingestellt

PRÄDIKAT: **unzumutbar**

BAYERN

- Einträge in den Listen werden grundsätzlich nur auf der Kreisebene verortet
- Die wenigen Informationen zum Geschehen in den bekannten Territorien, soweit vorhanden, darf sich der interessierte Nutzer aus der Liste der bestätigten Nachweise zusammensuchen.
- Die Qualität der Beurteilung von Nutztierissen erscheint landesweit zweifelhaft. Es überwiegt der stereotype Eintrag „keine Hinweise auf Beteiligung wildlebender Großer Beutegreifer“, anscheinend in der Hoffnung, dass dies von den Betroffenen nicht hinterfragt wird

PRÄDIKAT: **dürftig**

BRANDENBURG

- Für das Jahr 2026 wurden noch keine Angaben zu Nutztierschäden gemacht
- Angaben über Totfunde von Wölfen erfolgen eher zufällig, deren Individualisierung mit großer Verzögerung.
- Die wachsende Zahl an Territorien mit unklarem Status deutet auf eine abnehmende Qualität im Monitoring hin.

PRÄDIKAT: **ungenügend**

HESSEN

- Befunde teilweise zweifelhaft („Fuchs reißt Kalb?“, „andere Todesursache“ ohne Angabe)
- Weiterhin hoher Anteil nicht verwertbarer Proben

PRÄDIKAT: **noch viel Luft nach oben**

MECKLENBURG-VORPOMMERN

- Schadenstabellen sinnlos, weil
 - o Selten aktualisiert
 - o Keine Ortsangaben in den großen Landkreisen
 - o Betroffene Tierarten werden nicht angegeben
- Fehlende Weitergabe von Daten an die DBBW, der letzte dorthin gemeldete Totfund datiert vom 10.04.2025

- Kartierte Rudel kommen und gehen, das Monitoring erscheint zufallsabhängig

PRÄDIKAT: Das Schlusslicht in Deutschland

NIEDERSACHSEN:

- Der doppelte Aufwand von Wolfsbüro und Landesjägerschaft führt nicht zu besseren Ergebnissen.
- Es bestehen Zweifel, ob sich alle Meldungen aus dem Monitoring auch in den Ergebnissen wiederfinden. Für im Vorjahr unbestätigte Rudel werden in diesem Jahr zeitig Reproduktionen gemeldet, ein Territorium „unter Beobachtung“ meldet Nachwuchs
- Bei der Rissbeurteilung bestehen in Bezug auf den Herdenschutz nicht nur bei Betroffenen erhebliche Zweifel.
- Die Weitergabe von Daten an die DBBW ist auf das absolute Minimum beschränkt.

PRÄDIKAT: Für Kosten und Aufwand ein ärmliches Ergebnis

NORDRHEIN-WESTFALEN

- Es besteht offenkundig kein Interesse der zuständigen Stellen, die Öffentlichkeit aktuell über das Wolfsgeschehen zu informieren. Interessierte Bürger sind auf die Tagespresse und soziale Medien angewiesen.
- Rissmeldungen und Wolfsnachweise verbleiben monatelang „in Bearbeitung“ vulgo „unbearbeitet“

PRÄDIKAT: Demonstratives Desinteresse der zuständigen Stelle

RHEINLAND-PFALZ

- Transparente, teilweise tagesgenaue Information der Bürger über das Wolfsgeschehen, auf Wunsch auch frei Haus per Email.

PRÄDIKAT: Beispielgebend!

SACHSEN

- Für den hohen Aufwand, Fachstelle + Monitoring durch LUPUS deutlich zu wenig Ergebnis, wenig Transparenz, denn
 - o Risslisten werden selten aktualisiert, an Rissen identifizierte Wölfe werden nicht, wie in allen anderen BL, angegeben.
 - o Monitoringdaten werden erst mit maximalem Verzug veröffentlicht, vollständige Angaben wie die Statusberichte waren zuletzt für 2022/23 verfügbar.
- Valide Informationen über das tatsächliche Wolfsgeschehen insgesamt haben Seltenheitswert

PRÄDIKAT: Viel Luft nach oben

SACHSEN-ANHALT

- Aktuell gehaltene Risslisten sind lobenswert, die Bearbeitungsdauer der Fälle von bis zu 6 Monaten sind den Betroffenen nicht zumutbar
- Informationen zu Wolfsgeschehen im Land gibt es 1 x jährlich mit großem Verzug

PRÄDIKAT: Viel Aufwand mit wenig Ertrag, der so nicht zur Akzeptanz des Wolfes beitragen kann.

SAARLAND

- Eine sehr sparsame Internetpräsenz mit minimalem Informationswert

PRÄDIKAT: Auch den geringen Aufwand nicht wert

SCHLESWIG-HOLSTEIN

- Nachweis- und Risslisten in einem mögen für den Ersteller bequem sein. Als Informationsquelle für betroffene und interessierte Bürger sind sie wertlos, wenn sie sehr unregelmäßig aktualisiert werden, um anschließend mit sinnlosen Nachträgen überfrachtet zu werden. 466 Zeilen in der Liste für 25/26 sind mehr Vernebelung als eine Monitoringinformation. Das Material ist nur im Kontext mit Informationen aus den Nachbargebieten nutzbar.
- Fehlende oder nicht analysierbare Genetik sind in einem BL, welches den genetischen Nachweis eines Wolfes voraussetzt, nicht entschuldbar.
- Angaben zur Herkunft festgestellter Individuen, die eine Information über die Wanderungsbewegung der Wölfe von und nach Dänemark geben würden, sind offenbar nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.

PRÄDIKAT: Viel Lärm um fehlende fachliche Information für den interessierten Bürger, dem es so wenig hilft wie dem Wolf

THÜRINGEN

- Aktuelle Informationen zu Riss- und Wolfsgeschehen sind verfügbar, wenn auch nicht immer übersichtlich dargestellt.
- Die Entwicklung im Monitoring kommt angesichts der regionalen Bestandsentwicklung gerade noch rechtzeitig.

PRÄDIKAT: Nach schwieriger Vergangenheit eine positive Entwicklung

Der Gesamteindruck: In fast allen Bundesländern scheint das Wolfsmonitoring als Selbstzweck im eigenen Saft zu schmoren. Von dem Grundgedanken, über eine regelmäßige und verlässliche Information der betroffenen Tierhalter und der Landbevölkerung insgesamt die Akzeptanz des Wolfes zu fördern, hat man sich inzwischen weit entfernt.

Die vielfältigen Strukturen in den BL sind im heutigen Zustand schwerlich geeignet, darauf ein bundesweites Wolfsmanagement aufzubauen. Wer immer diesen Auftrag bekommt, wird es nicht leicht haben.

Bisher ist noch nicht einmal bekannt, wem diese Aufgabe zukommen wird. Die bisher dafür Verantwortlichen sollten es besser nicht sein.